



OFFENER BRIEF

Offener Brief der GdP an Innenminister Schlie

Sehr geehrter Herr Minister,

für die 17. Legislaturperiode geschlossen CDU und FDP unter der Überschrift „Koalition des Aufbruchs“ einen Vertrag über die Ausgestaltung der gemeinsamen Regierungspolitik. Auf Seite 39 des Vertrages wurde zu Innen- und Rechtspolitik vereinbart: „Grundsätzlichen Reformbedarf in der Struktur der Landespolizei gibt es gegenwärtig nicht. Dies schließt punktuelle Anpassungen nicht aus.“

In der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner (Drucksache 17/2109) werden jedoch über mehrere Seiten organisatorische Maßnahmen (27 in der Anzahl) aufgezählt, die seit Koalitionsbeginn verändert wurden oder einer Veränderung zugeführt werden. Insgesamt sind davon 594 Beschäftigte betroffen. Die Wirkung dieser organisatorischen Maßnahme ist jedoch höchst unterschiedlich.

Gemein ist allen Maßnahmen jedoch der hohe innerbehördliche Aufwand an Zeit und Kraft, um diese Veränderungen möglich zu machen.

Gemein ist weiter, dass diese Veränderungen in allererster Linie deshalb getroffen wurden, um der angespannten Personalsituation der Landespolizei – so gut es eben geht – zu begegnen.

Als Nebeneffekt taucht dabei auf, dass immer mehr attraktive Dienstposten konzentriert und aus der Fläche abgezogen werden. Dabei spielt Kiel mit dem Sitz von Innenministerium, Landespolizeiamt und Landeskriminalamt eine wichtige Rolle.

Die Gewerkschaft der Polizei, die sich in mehreren Sitzungen mit der Organisation der Landespolizei befasst hat, stellt fest:

– Veränderungen müssen sozial verträglich umgesetzt werden.

– Einer weiteren Konzentration attraktiver Dienstposten muss entgegenge wirkt werden.

– Die Stellensituation der Landespolizei kann nicht noch durch weitere organisatorische Veränderungen – bei gleichbleibender Aufgabenlast – so beibehalten werden.



Absender des offenen Briefes: GdP-Landesvorsitzender Oliver Malchow

– Die gültigen Stellenplanobergrenzen müssen ausgeschöpft werden.

Die Gewerkschaft der Polizei Schleswig-Holstein hat im Zuge der bevorstehenden Landtagswahlen alle Parteien angeschrieben und unter Punkt 3 des Fragenkataloges auch die bestehende Polizeiorganisation zu einem gesonderten Komplex aufgerufen. Durch die Reformen in der Organisation I, II und III hat sich in der Landespolizei seit Reform I viel verändert. Ob die dort gefundenen Strukturen richtig getroffen wurden, sich als effektiv und der Aufgabe angepasst erwiesen haben, dafür fehlt der Beweis.

Unser Anliegen ist es, nicht noch durch zusätzliche organisatorische Veränderungen, Stellenstreichungen und Haushaltskürzungen weitere Unsicherheit in die Polizei zu tragen. Dies gilt insbesondere für die 18. Legislaturperiode, die ab dem kommenden Mai beginnt.



Empfänger des offenen Briefes: Innenminister Klaus Schlie Fotos (2): Gründemann

Allein wegen der demografischen Entwicklung und dem gleichzeitig enger werdenden Bewerbermarkt muss alles getan werden, um die Attraktivität des Berufsbildes „Polizeibeamter“ zu steigern. Dazu gehören auch berechenbare Größen in Organisation, Aufbau und vor allem Bezahlung.

Oliver Malchow



Keine Stimmungsmache

KIEL – Der Bund der Steuerzahler hatte im Dezember 2011 eine Studie zur Entwicklung der Versorgungsleistungen vorgestellt. Autor war der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen. Er hatte bis 2050 für Pensionen und Hinterbliebenenversorgung sowie für Beihilfekosten 1036 Billionen Euro prognostiziert.

In Schleswig-Holstein hat sich die Zahl der Versorgungsempfänger von 1990 bis heute von rund 19 000 auf 29 000 erhöht. Die jährlich zu zahlenden Versorgungsleistungen habe sich aus dem Finanzplan der Landesregierung zufolge im selben Zeitraum von 400 Millionen auf 875 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Dass Schleswig-Holstein keinen kapitalge-

deckten Fonds aufgebaut hat, erklärte ein Sprecher des Finanzministeriums mit der schlechten Finanzlage. Dafür müssten zusätzliche Kredite aufgenommen werden. Es sei aber wirtschaftlich nicht vertretbar, zusätzliche Zinsen für einen Fonds zu zahlen. Stattdessen werden in Schleswig-Holstein seit 2000 Mittel aus ersparten Besoldungserhöhungen der Versorgungsrücklage zugeführt. Das Volumen liegt derzeit bei gut 200 Millionen Euro. Die Rücklage, die bis 2017 aufgebaut wird, kann deshalb nur die „größte Dynamik abfedern“, wie es im Finanzplan heißt.

Oliver Malchow, GdP-Landesvorsitzender: „In Schleswig-Holstein hatten wir zunächst aus dem Verkauf der Provinzial-Versicherung eine Rücklage für spätere Versorgungsansprüche. Diese wurde dann durch die Regierung Simonis wieder aufgelöst, um an anderer Stelle Löcher zu stopfen. Mit dem jetzigen System leisten Beamte und sogar Versorgungsempfänger einen Beitrag für eigene Versorgungsansprüche. Ob das jedoch von der Verfassung gedeckt ist, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall ist bei Einstellung eines Beamten bereits bekannt, dass er in den Ruhestand tritt. Niemand kann also überrascht sein, dass dann Pensionskosten anfallen. Eine vorsorgende Politik hätte sich darauf einstellen können. Die-

sen Umstand jetzt dazu zu nutzen, um gegen die Beamten Stimmung zu machen, ist unverantwortlich.“ Malchow warnte weiter davor, die Versorgung abermals zu kürzen oder noch einmal an der Lebensarbeitschraube zu drehen. **rr**

Besoldungsvergleich

KIEL. Das GdP-Flugblatt zum Besoldungsvergleich (Schleswig-Holstein Schlusslicht bei den Westländern) nahm der CDU-Landtagsabgeordnete Werner Kalinka zum Anlass, beim Finanzminister nachzuhaken.

Der bestätigte dem Prinzip nach die Länderumfrage Bayerns aus dem Mai 2011. Abschließend stellte er fest, dass „die Gefahr der unterschiedlichen Niveauentwicklung in Bund und Ländern als kritischer Punkt der Föderalismusdiskussion betrachtet werden muss“. Etwas später setzte Rainer Wiegard sich mit den Sonderzahlungen auseinander: „Bedauerlicherweise hat hier der Bund mit seiner Regelung zur Sonderzahlung (ab 2013 wieder eingeführt) erneut ein negatives finanzpolitisches Signal gesetzt.“ **rr**

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 4/2012:
Mittwoch, 7. März 2012



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZELITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



Fahr- und Sicherheitstraining für Motorradfahrer/innen mit eigenen Maschinen

Angebot der Gewerkschaft der Polizei für Mitglieder und Angehörige in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Schleswig-Holstein und professionellem Fahrtrainer
(www.die-fahrtrainer.de).

Ort: **ADAC-Verkehrsübungsplatz Kiel-Boksee (an der B 404)**
Zeit: **Sonntag, 22. April 2012, 09.00 bis 16.30 Uhr**

Die Teilnahme an diesem Sicherheitstraining ist nur möglich, wenn die Teilnehmer/innen in kompletter Motorradschutzbekleidung (Handschuhe, Helm, Schutzoverall usw.) erscheinen. Die Kosten für die Teilnahme betragen für GdP-Mitglieder 40,00 €, Nichtmitglieder zahlen 80,00 €. Darin enthalten sind ein Mittagsimbiss sowie eine Versicherung für Personen- und Sachschäden. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 Personen begrenzt. Anmeldeschluss ist der 23. März 2012.

Anmeldungen bitte schriftlich mit Angabe von Vorname, Zuname, Geburtsdatum, Privatanschrift, telefonische Erreichbarkeit an: Dorith.Schulz@gdp-online.de oder per Fax 0431-17092.



TARIFSEMINAR

Schwere Kost verständlich verabreicht!

Eindrücke vom Tarifseminar „Neue Entgeltordnung“ – Von Thomas Gründemann

BAD MALENTE/tgr – Die neue Entgeltordnung stand im Mittelpunkt eines Seminars, das die Gewerkschaft der Polizei im Januar angeboten hatte. Bei der zweitägigen Begegnung in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte referierte die GdP-Juristin Michaela Schenkluhn. Sie führte in verständlicher Form durch das bis dahin undurchsichtige Dickicht des neuen Regelwerkes. Ihr stand als Referent des Landesvorstandes Klaus Boese hilfreich mit ergänzenden Erläuterungen zur Seite. Schnell wurde aber deutlich, dass die Ausführungen nur ein Ein-



Fachliteratur fürs Seminar

Fotos (4): Thomas Gründemann

stieg in das komplizierte und für das Gros der Teilnehmer noch fremde Thema sein konnte. Mit Wirkung vom 1. Januar gilt die neue Entgeltordnung. Mit ihren Erläuterungen gelang es Michaela Schenkluhn, die schwere Kost dosiert zu verabreichen. Die Volljuristin der Bundes-GdP gab hilfreiche Hinweise zu Eingruppierungsgrundsätzen, Tätigkeitsmerk-



Die Seminarteilnehmer stellten sich zum Gruppenbild.

malen und zur Anwendung der Entgeltordnung zum TV-L. Aber damit nicht genug: Neben der Entgeltordnung wurden den interessierten Teilnehmern Form und Inhalt sowie Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit dem Arbeitsvertrag als Grundlage eines Arbeitsverhältnisses sowie die Ausgestaltung eines Tarifvertrages als wichtiges Regelwerk nähergebracht. Am zweiten Tag standen die Rolle des Personalrates und die Frage, welche Rolle Schlichtungsstellen und das Arbeitsgericht spielen, auf der Tagesordnung. Die Teilnehmer waren aber nicht nur als aufmerksame Zuhörer gefragt, sondern näherten sich über Gruppenarbeit den Seminarthemen. So verging die Zeit schnell, für die meisten Teilnehmer offenbar zu schnell. Am Ende des Seminars gab es aber anerkennende Worte für die beiden Referenten.

Birgit Reischke-Starck: War sehr gespannt

„Da ich die letzte Entgeltordnung immer noch nicht gänzlich verstanden hatte, war ich sehr gespannt, ob mir das wohl dieses Mal gelingen würde. Michaela Schenkluhn brach-

te uns sehr strukturiert, einfühlsam und kompetent durch dieses nicht einfach zu erlernende Seminar, während Klaus Boese mit seiner informativen und verständ-

Michaela Schenkluhn

Nach dem 2. Staatsexamen war die 40-jährige Volljuristin zunächst als Rechtsanwältin und Dozentin für Zivilrecht tätig, bevor sie 2004 ihre Tätigkeit als Referentin in der Abteilung Tarifpolitik bei der GdP aufnahm.

In ihrer Tätigkeit als Referentin bearbeitet Michaela Schenkluhn sämtliche Anfragen und erledigt die anfallende Sachbearbeitung für die Bereiche Tarifpolitik sowie Tarif- und Arbeitsrecht. Sie hält Tarif- und Arbeitsrechtseminare ab, erarbeitet und erstellt Broschüren für diese Sachgebiete. Eine ihrer Hauptaufgaben ist die fachliche Betreuung der Großen Tarifkommission (GTK). Die GTK ist verantwortlich für das Führen der Tarifverhandlungen und die Entscheidungen über die Forderungen bei solchen Tarifverhandlungen.

nisvollen Art die Veranstaltung gelungen abrundete“, schildert Birgit Reischke-Starck ihre Eindrücke. Auch wenn sie sehr froh sei, dass sie sich mit dieser wichtigen Thematik und praktischen Übungen

Fortsetzung auf Seite 4



Voll des Lobes waren die Seminarteilnehmer für die Referenten Michaela Schenkluhn und Klaus Boese.



TARIFSEMINAR

Fortsetzung von Seite 3

gen auseinandersetzen konnte, reiche die Ausrüstung aber für sie noch nicht, um künftig perfekte Auskünfte geben zu könne. „Die entsprechenden Informationen zu finden, fällt mir jetzt aber leichter. Übung macht den Meister, und daran mangelt es mir noch“, so die examinierte



Aufmerksam folgten die Seminarteilnehmer den Erläuterungen.

Krankenschwester.

Werde Kenntnisse vertiefen

Es sei ihr deswegen ein dringendes Bedürfnis, diese Kenntnisse weiter zu vertiefen und einen längeren Kurs zu absolvieren, um sicherer beraten zu können, so Reischke-Starck, die seit Dezember 2003 als Arzthelferin im ärztlichen Dienst der Polizei und als Ersatzmitglied im Personalrat der Polizeidirektion Lübeck tätig ist.

Gaby Locht:

Seminar sehr gut gefallen

Zufrieden mit dem Besuch des Seminars war auch Gaby Locht. „Insgesamt hat mir das Seminar sehr gut gefallen. Michaela Schenkluhn hat uns mit ihrer sympathischen Ausstrahlung lebhaft und fachlich sehr versiert durch das trockene Thema geführt. Eine tiefer gehende Behandlung des Themas war aufgrund der zu knapp bemessenen Zeit leider nicht möglich“, so Locht, die im Landespolizeiamt ein Dezernat mit 41 Kolleginnen und Kollegen leitet, von denen 37 Tarifkräfte sind. Lediglich die Sortierung der Unterlagen könne noch verbessert werden, da ein „Nicht-Fachmann“ ansonsten einige Zeit mit der Suche verbringe. „Hierbei hat uns aber Klaus Boese hervorragend unterstützt. Weiterhin hat er uns mit Beispielen aus Schleswig-Holstein den Bezug zur praktischen An-

wendung näherbringen können“, ergänzt sie. Die Teilnahme an dem Seminar sei für sie der Umstieg vom „alten BAT“ gewesen, den sie im zweitägigen Seminar „Arbeitsrecht für Vorgesetzte“ von LPA 314 kennengelernt habe. Weitere BAT-Kenntnisse habe sie sich dann angelesen beziehungsweise aus konkreten Vorgängen angeeignet.

Habe Basis zum Umgang mit dem TV-L erhalten

„Mit dem Grundwissen über die neue Entgeltordnung habe ich nun eine Basis zum Umgang und Arbeiten mit dem TV-L erhalten, mit welcher ich mich bei der Abarbeitung von Vorgängen durch die ‚Papierberge‘ hangeln und ggf. konkrete Beratung bei der GdP oder dem LPA 3 einholen kann“, konstatierte Gaby Locht.

Aus dem Bereich des Justizvollzuges nutzte Daria Müller, sich über die neue Entgeltordnung schlau zu machen. „Das

Thema war keinem fremd, aber es fehlten doch der Überblick und Erkenntnisse, wie mit der Entgeltordnung und dem Tarifvertrag umzugehen ist. Michaela Schenkluhn hat uns aber ein trockenes und umfassendes Thema nähergebracht. Wir alle waren jedes Mal überrascht, dass es schon wieder Zeit für eine Pause war“, schildert Daria Müller ihre Wahrnehmungen. Als vorteilhaft habe sich dabei erwiesen, dass zwei Referenten das Seminar moderierten.

Lob für Referenten

Die Theorie habe Schenkluhn nähergebracht und Boese habe für einige Beispiele gesorgt. Klaus Boese habe auch immer ein Auge auf die Teilnehmer gehabt und geholfen, den richtigen Anschluss in dem Tarifvertrag oder der Entgeltordnung zu finden. Nach einem netten gemeinschaftlichen Abend seien am zweiten Tag Gruppenarbeit geleistet und häufige Fragen beantwortet worden. „Wir haben uns schwer getan, manchmal einen Lichtblick am Horizont gesehen, aber schnell verschwand er auch wieder“, so die Justizvollzugsangestellte. Bei dem gemeinsamen Schlussgespräch wurde deutlich, dass viele sich weiter „quälen“ wollen und gerne ein mehrtägiges Seminar besuchen möchten, um doch mehr in die Materie einsteigen zu können und im Umgang sicherer zu werden. „Das Seminar hat Lust auf mehr gemacht“, berichtet Daria Müller.

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

Lauenburg-Stormarn
Jahreshauptversammlung am **Donnerstag, 29. März 2012, 13.00 Uhr**, „Lauenburger Hof“, Hauptstraße 25, Sandesneben.

Schleswig-Flensburg
Herzliche Einladung an alle GdP-Senioren Schleswig-Flensburg zu **Klön-schnack bei Kaffee und Kuchen** am **Donnerstag, 12. April 2012, 16.00 Uhr**, „Delfter Stuben“, Fördestraße 57, Flensburg, Tel.: 04 61-31 14 64. Anmeldungen

bitte an Günter Krappitz, Tel.: 04 61-3 63 66, Telefax: 04 61-31 09 36 oder E-Mail: christ1@foni.net.

Schleswig-Holstein Mitte
– **Seniorengruppe Neumünster** –
Vierteljahrestreffen mit Kaffee und Kuchen der Seniorinnen und Senioren am **Mittwoch, 14. März 2012, 14.30 Uhr**, Polizeikantine Neumünster, Alemannenstraße 14–18. Anmeldungen bitte unbedingt bis 12. März 2012 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21-2 25 16.



Wir wollen, dass was passiert!

Man hört es an allen Ecken und Enden: Die Gesellschaft und auch die Polizei stehen vor großen Veränderungen. Das geht auch an der Gewerkschaft der Polizei nicht spurlos vorbei. Die Herausforderungen in der Polizei stellen unsere jungen Kolleginnen und Kollegen jedoch vor andere, vor ganz besondere Herausforderungen.

Am 24. und 25. April 2012 veranstaltet die Junge Gruppe Schleswig-Holstein eine Tagung, zu der wir junge und jung gebliebene Kolleginnen und Kollegen herzlich einladen möchten.

Ihr habt eine frische Idee, es hört aber keiner zu? Ihr wisst nicht, wen ihr ansprechen sollt? Dann seid ihr bei uns an der richtigen Adresse.

Wir möchten eure Ideen aufgreifen, uns eurer Probleme und Fragen annehmen und ohne Denkschranken, Vorgaben oder Grenzen darüber diskutieren. Dabei werden uns unser Landesvorsitzender Oliver Malchow und Manfred Börner aus dem Landesvorstand begleiten.

Die Polizei wie auch die GdP müssen mit der Zeit gehen! Die Junge Gruppe ist

nicht nur eine Möglichkeit, auszusprechen, wo der Schuh drückt. Hier können sich junge Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Land, aus jeder Regionalgruppe nach den eigenen Möglichkeiten aktiv einbringen und die Zukunft mit gestalten. Ganz nach unserem Motto

**„Wo wir sind ist vorne!
Und wenn wir hinten sind,
ist hinten vorn!“**

wollen und werden wir uns Gehör verschaffen.

Du hast frische Ideen und möchtest etwas bewegen?
Wir wollen sie hören!

Mach mit! Misch dich ein! Gestalte mit uns, die
Zukunft unserer Polizei!

Viele interessante Gespräche mit Gleichgesinnten erwarten dich in dem Tagungshotel in Soltau. Dieses bietet neben einer komfortablen Unterbringung und toller Verpflegung auch die Möglichkeit zur Entspannung z.B. in Sauna, Pool oder Fitnessraum sowie eine lockere Atmosphäre in der JUNGE GRUPPE-Lounge.

Die JUNGE GRUPPE ist dein Sprachrohr. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Bedürfnisse junger Polizeibeschäftigter nicht ungehört bleiben.

Eine schriftliche Einladung für den Antrag auf Sonderurlaub erhaltet ihr nach der Anmeldung über eure Regionalgruppe oder über Bernd.Maetzold@Polizei.LandSH.de.



QUELLE: WWW.HOTEL-PARK-SOLTAU.DE

WIR WOLLEN, DASS WAS PASSIERT!

TAGUNG DER JUNGEN GRUPPE, 24. & 25. APRIL 2012, HOTELPARK SOLTAU

**JUNGE
GRUPPE**

Last Minute und tagesaktuelle Angebote
www.psw-kiel.de



Effektive Sicherheit ermöglichen – Verfassungsmäßige Zuständigkeiten nicht vermischen

KIEL – Der Landesfachausschuss Wasserschutzpolizei hat ein Positionspapier zur Sicherheit an deutschen Küsten erarbeitet. Der GdP-Landesvorstand stimmte diesem Papier auf seiner letzten Sitzung zu. Dabei werden die Wasserschutzpolizeien der Küstenländer als Verbundpartner eines maritimen Sicherheitsnetzwerkes dargestellt. Immer wieder taucht die Forderung nach einer einheitlichen Küstenwache an Nord- und Ostsee auf. Der Landesfachausschuss Wasserschutzpolizei weist darauf hin: Die Behördenzuständigkeiten auf See unterscheiden sich nicht von denen an Land.

Dieses Argumentationspapier erteilt der Einrichtung einer neu zu gründenden Großbehörde, in der unterschiedliche, seegehende Institutionen zusammengefasst sind, eine Absage. Sie beinhaltet keinen fachlichen Mehrwert, sondern führe zum Verlust individueller und behördlicher Fachlichkeit, möglicherweise auch zu weniger Einsatzmitteln.

Das Papier betont, dass die Wasserschutzpolizeien im maritimen Vollzug gut aufgestellt sind, da sie ihre Kompetenz in den jeweiligen Aufgaben zur Si-



cherheit in den Häfen und vor den Küsten, sowohl im jeweiligen Bundesland als auch übergreifend im maritimen Netzwerk, hier im Maritimen Sicherheitszentrum (MSZ) einbringen und bündeln. Wesentliche Grundlage für eine Absage an eine zentrale maritime Großbehörde ist allerdings die fehlende rechtliche Grundlage. Es mangle an der Verfassungsmäßigkeit, da die Polizei unter die Länderhoheit falle.

Die GdP unterstützt den bisherigen erfolgreichen Weg zur Fortentwicklung des maritimen Sicherheitsnetzwerkes und fordert die Beteiligten zur zügigen Fertigstellung des Neubaus für das Maritime Sicherheitszentrum in Cuxhaven auf.

Was soll nun mit dem Positionspapier geschehen? Die Gewerkschaft der Polizei wird dieses Thema in den Landtagswahlkampf hineinführen, aber auch die schleswig-holsteinischen Mitglieder des Bundestages damit konfrontieren. Damit



Bernd Poschkamp, Vorsitzender vom Fachausschuss Wasserschutzpolizei

erhofft sich die Gewerkschaft der Polizei, einen sachlichen Beitrag, der rechtliche und fachliche Kompetenzen aufzeigt, zu geben. **Das gesamte Positionspapier ist unter www.gdp-sh.de abrufbar.**

GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

**zur Beförderung
zum Ersten Polizeihauptkommissar**
Jörn Schade, Stephan Schwentuschowsky, RG AFB

zum Polizeihauptkommissar A 12
Detlef Frase, Jürgen Herdes, Bernd Krüger, Michael Sievers, RG AFB

zum Kriminalhauptkommissar
Bernd Johannsen, RG Schleswig-Flensburg

zum/zur Polizeioberkommissar/-in
Claus-Werner Jessen, Kurt Rockel, RG AFB; Franziska Jurga, Carsten Kuhn, RG Schleswig-Flensburg

zum Polizeikommissar
Jörn Lassen, RG AFB

zum Polizeihauptmeister mit Zulage
Peter Holz, Jürgen Kröger, RG AFB

zum Polizeihauptmeister
Ulf Brammer, RG AFB

zum/zur Polizeiobermeister/-in
Ergün Akbulut, Katja Ball, Harun Biner, Mandy Chowanietz, Martin Hartwig, Jan-Ole Horn, Oliver Kaus, Torben Nilsson, Simone Rönfeld, Mathias Schaper, Mathias Schmidt, Ole Schulz, Kersten Schwabe, Philipp Tagge, RG AFB; Nicole Eichstädt, Karina Kerner, Finn Schlömer, RG Schleswig-Flensburg

zur Lebenszeitanstellung
Sandra Hamann, Katharina Leonhardt, Sarah Wöhlk, RG Schleswig-Holstein Mitte

zum 40-jährigen Dienstjubiläum
Hans-Jürgen Weiland, RG Schleswig-Flensburg

zum 25-jährigen Dienstjubiläum
Holger Schläfke, RG Lauenburg-Stormarn

In den Ruhestand traten
Katrin Austen, Werner Magdalinski, RG Kiel-Plön

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.



Mini-Kreuzfahrt

Erholung auf der COLOR MAGIC vom **30. April - 2. Mai 2012**



Unterbringung in
Doppelkabine p. P. ab

€ **129,-***

Folgende Leistungen sind enthalten:

- Schifffreise Kiel - Oslo - Kiel
- Kabinenunterbringung gemäß Buchung
- 2 x Frühstücksbüfett
- 2 x Abendessen
- Insolvenzversicherung

Optional buchbar:

- 3 *** Einzelkabine + 40,00 Euro
- Stadtrundfahrt in Oslo 39,00 Euro

Gönnen Sie sich ein paar Tage Erholung und Entspannung: Mit unserer Mini-Kreuzfahrt auf der

Strecke Kiel - Oslo - Kiel bieten wir Ihnen den perfekten Kurzurlaub. Genießen Sie das faszinierende Ambiente mit Fitness und Wellness, Shops, Bars, Cafes und Entertainment an Bord der M/S Color Magic.

*** tagesaktuelle Preise pro Person ab:**

3 *** Kabine, Zwei- oder Doppelbett, ohne Meerblick	129,- Euro
3 *** Kabine, Zwei- oder Doppelbett, mit Meerblick	169,- Euro
4 **** Kabine, Doppelbett, mit Meerblick: (inkl. Minibar)	249,- Euro

Hinweis: Reiseterrmin 30.04. bis 02.05.2012 / Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de



Fotos: Color Line

Donaudelta & Bukarest



Rumänien-Rundreise mit PSW-Reisen

PSW-Termin: 12. bis 19. Juni 2012 ab Hamburg

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug nach Constanza und zurück in der Economy Class
- 7 Übernachtungen mit Halbpension
- Eintrittsgelder
- Stadtrundfahrt Constanza, Mamaia
- Tagesausflug Bukarest
- Tagesausflug Varna (Bulgarien)
- Tagesausflug Donaudelta
- 1x Mittagessen im Donaudelta
- Weinanbaugebiet Murfatlar. Weinprobe
- Deutschsprachiger Reiseleiter
- Beförderung im modernen Reisebus
- Versicherungsschein

Rundreise ab / bis Hamburg	pro Pers. ab
Doppel- und Einzelzimmerpreis	644,- Euro

Veranstalter: Neckermann Reisen. Es gelten dessen Reisebedingungen. Irrtum und Zwischenverkauf sowie Programm- und Routenänderungen bleiben vorbehalten. **Mindestteilnehmer:** 20 Personen



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Unterbringung im
Doppelzimmer p. P.

€ **644,-**

Geplanter Reiseverlauf:

- 1. Tag:** Flug mit Condor oder Air Berlin nach Constanza. Transfer nach Eforie zum Hotel Bran Brad Bega.
- 2. Tag:** Schwarzmeerküste - Am Vormittag fahren Sie nach Constanza, die 2. größte Stadt Rumäniens.
- 3. Tag:** Bukarest - Nach der Legende wurde die Ortschaft von einem Hirten Namens Bucur gegründet.
- 4. Tag:** Zur freien Verfügung.
- 5. Tag:** Varna - Nach dem Frühstück fahren Sie nach Varna, ein beliebtes Seebad und Hafen das im Nordosten von Bulgarien liegt, unweit zu Rumänien.
- 6. Tag:** Donaudelta - Einmalig im wahrsten Sinne ist das fast 4500 qkm umfassende Donaudelta.
- 7. Tag:** Weinanbaugebiet Murfatlar - Der Vormittag steht Ihnen zur freien Verfügung. Am Nachmittag fahren Sie in das Weinanbaugebiet Murfatlar.
- 8. Tag:** La revedere Romania - Auf Wiedersehen Rumänien, Transfer zum Flughafen und Heimreise.

Fotos: Neckermann Reisen



Und was sonst noch so war . . .

10. Januar

Heute gehen uns Zahlen der Polizei-Personalverwaltung zu. Es geht in dem Papier um die Ruhestände bis zum Jahre 2033. Danach werden 3840 Beamtinnen und Beamte die gesetzliche Altersgrenze erreichen. Das sind über 50% des jetzigen Personalkörpers. Bei den Einstellungszahlen rechnet die Verwaltung (traditionell) 20% Mehrbedarf, weil durchaus Anwärterinnen und Anwärter aus unterschiedlichen Gründen die Ausbildung nicht zu Ende führen. Deshalb werden bis zu diesem Zeitraum 4731 Dienstanfänger eingestellt werden müssen. Ob diese Zahl erreicht werden kann, hängt nicht zuletzt von den Rahmenbedingungen, wie sie auf der Titelseite dieses Landesteils dargestellt sind, ab.

11. Januar

14.00 Uhr – Termin beim CDU-Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen. Der DGB führt zum Öffentlichen Dienst eine Runde mit allen Landtagsfraktionen. Auf der Tagesordnung heute: Die Mitbestimmung, Organisation und Verwaltungsstrukturen, Personalentwicklung. Auch kommt das Verhältnis zur Polizei zur Sprache, ebenso wie das Thema Sonderzuwendung. Die Gespräche sollten dazu dienen, die Erwartungen des DGB und der Einzelgewerkschaften an eine neue Landesregierung zu formulieren.

12. Januar

DGB-Vorstandssitzung in Hamburg. Heute interessiert mich besonders ein Tagesordnungspunkt: Es handelt sich um einen Vortrag von Stefan Schölermann. Er ist Journalist beim NDR und in der Politikredaktion. Sein Spezialgebiet ist die Entwicklung der rechten Szene. Schölermann spricht über „Rechtsextremismus in Norddeutschland – die verkannte und überschätzte Gefahr“. Deutlich wird, dass sich der Journalist sehr gut in der Materie auskennt.

13. Januar

Peter Mangold, vormals WSP-Revier Kiel, machte unguete Erfahrungen mit der VBL. Zum 30. Oktober 2011 trat er in den Ruhestand. Die gesetzliche Rente floss, nicht aber die betriebliche Zusatzrente VBL. Es folgte ein unendlicher Schriftverkehr, in dem zum einen auf eine Betriebsumstellung im Hause hingewiesen wurde, zum anderen dann auf fehlende Bankdaten oder unzureichendes Personal. Mangold wartete auf das Geld. Kein Wunder, jeder steht in finanziellen Verpflichtungen

gegenüber Dritten, sei es Miete, laufende Kosten oder Unterhaltszahlungen. Schließlich schaltete er die GdP ein. Nach Schreiben und Telefonaten mit der VBL in Karlsruhe erhielt er endlich Anfang Februar 2012 die ausstehenden Zahlungen.

20. Januar

Die persönliche Sicherheit der Polizeibeamten wird weiter verbessert. Alle 621 Funkstreifenwagen der Landespolizei werden bis Ende 2012 jeweils einen ballistischen Schutzschild mitführen; 558 Schilde werden bereits in diesem Jahr beschafft. In gefährlichen Alltagssituationen schützen diese Schilde die Polizeibeamten beispielsweise gegen Faustschläge, Fußtritte, Würfe, Baseballschläger, Eisenstangen, Messer, Schusswaffen oder aggressive Hunde. Auch Verletzte und Unbeteiligte können mit Hilfe der Schilde vor Randalierern geschützt werden. Für die Beschaffung aller Schilde stellt das Innenministerium rund eine Million Euro zur Verfügung. Die einen Meter hohen, 55 Zentimeter breiten und mit Sichtfenster versehenen Schilde ersetzen die schweren Überziehschutzwesten, deren zehnjährige Garantiezeit abgelaufen ist. Der Schild ist aufgrund seiner technischen Ausstattung einzigartig auf dem Markt. Andere Bundesländer haben bereits Interesse gezeigt. Die Landespolizei hat die technischen Anforderungen selbst entwickelt und in einer Ausschreibung das beste Produkt unter mehreren Anbietern ausgewählt.

Ich finde, dies ist ein weiterer Baustein für eine angemessene Schutzausrüstung der Beamtinnen und Beamten. Wir erleben immer öfter Angriffe auf Vollzugsbeamte. Mit dem Schild ist es möglich, flexibel zu reagieren, beispielsweise auch vor den Kopf zu halten oder den Beinbereich zu schützen.

26. Januar

Im Bundestag steht heute der Bootsführerschein zur Debatte. Dazu sagt Torsten Staffeldt von der FDP-Bundestagsfraktion: „Mit der Verabschiedung des Antrags von FDP und CDU/CSU zum Sportbootführerschein ist der erste wichtige Schritt getan. Mindestens genauso wichtig ist es aber, am Ball zu bleiben und die Reform nicht aus den Augen zu verlieren. Unser Ziel ist es, die beiden Kernpunkte – Führerscheinfreiheit bis 15 PS und Erhöhung des Praxisanteils in der Ausbildung – noch bis zum Sommer diesen Jahres umzusetzen. Wir haben daher mit der Union ver-

einbart, ab März regelmäßige Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium zu führen, um uns über den Stand der Umsetzung informieren zu lassen.

27. Januar

75 Anwärterinnen (18) und Anwärter (57) erhalten heute in Travemünde nach zweieinhalbjähriger erfolgreicher Ausbildung von Innenstaatssekretär Volker Dornquast ihre Ernennung zum Polizeimeister bzw. zur Polizeimeisterin. Dornquast nutzte die Gelegenheit und wies auf die rund 650 Beförderungen, die zu Anfang des Jahres durchgeführt wurden, hin: „Wir wollen dieses Niveau in den nächsten Jahren halten.“ Der GdP-Landesvorstand begrüßte diese Zusage. „Noch ist kein Politiker so konkret geworden, was die nächsten Jahre angeht“, so GdP-Vorsitzender Oliver Malchow.

28. Januar

Norina Gloy-Leinweber, Horst Winter, Manfred Börner und Thomas Gründemann sind mit Wirkung zum 1. Mai 2012 auf die Dauer von fünf Jahren als ehrenamtliche Richter im 12. Senat des Obergerichtes von Justizminister Emil Schmalfuß berufen worden. Imke Kalus wurde ehrenamtliche Richterin beim Verwaltungsgericht. Der Berufung ging ein Vorschlag von GdP und DGB voraus.

1. Februar

Pressekonferenz des Anti-Korruptionsbeauftragten Wolfgang Pistol. Er legt heute seinen 9. Halbjahresbericht vor. 21 Menschen wandten sich im Zeitraum vom 1. August 2011 bis 1. Februar 2012 an ihn, weil sie den Verdacht auf korrupte Handlungen hatten. Sieben Verdachtsfälle wurden von Pistol nach entsprechender Recherche und Bewertung als tatsächliche Verdachtsfälle eingestuft und zur weiteren Bewertung und Bearbeitung an die Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Korruption in Kiel abgegeben.

2. Februar

„Robert auf Schicht“, so lautet eine Aktion von Bündnis 90/Die Grünen. Ihr Spitzenkandidat Robert Harbeck will in unterschiedlichen Unternehmen und Dienstzweigen Nachtschichten miterleben. In der Aufzählung fehlte die Polizei. Unsere Nachfrage, ob er dorthin absichtlich nicht wolle, blieb nicht lange unbeantwortet. Am Samstag, 3. März 2012, ist eine in Elmshorn geplant.

